

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 37

Sonntag, den 15. September

1918

## Der Wirtschaftskrieg.

Wirtschaftspolitik kann nicht von den segensreichsten Folgen begleitet sein, so lange sie als Stiefschwester neben der Machtpolitik steht. Machtpolitik reißt die Völker auseinander, trennt ihre wirtschaftliche Kraft und reißt auch im Innern der Nation die Klüfte immer weiter auf. Die zwischen den besitzenden und nichtbesitzenden Klassen besteht — die Klüfte, die durch wirtschaftliche Ungleichheit entstanden ist und immer zu neuen Kämpfen führt. Wie im nationalen Leben die Klassenkämpfe, so sind die Völkerkriege dieser Klüfte geschuldet. Die Mächtigen streben danach, immer mehr Macht zu erlangen.

Die besitzenden Klassen der einzelnen Länder sind auch die mächtigen. Von Machtbegier erfüllt, suchen sie einander zu überholen. Aber jede Vermehrung ihrer Macht vollzieht sich auf Kosten der nichtbesitzenden Klassen, in welchem Lande es auch sei. Denn nur der vermehrte Besitz garantiert mehr Macht. Alle Politik ist auf Vermehrung des Besitzes gerichtet. Darum birgt diese Politik dauernd Kollisionsgefahren. Selbst jetzt, wo über Friedensziele eine lebhaftere Diskussion geführt wird, bildet die Vermehrung des Besitzes den Untergrund der Auseinandersetzungen.

Politische Tendenzen erfordern wirtschaftliche Rücksichtnahme, ohne diese ist kein Ausgleich von Dauer möglich. So sollten nun die wirtschaftlich mächtigen Kreise der einzelnen Staaten ihre gegeneinander gerichtete Rivalität unterdrücken, um den Frieden herbeizuführen. Leider stand sie auf allen Wirtschaftskonferenzen, ob sie nun in Wien oder Paris stattfanden, im Vordergrund aller Verhandlungen. Haben wir drüben drohte man sich mit gegenseitiger Absperzung des wirtschaftlichen Verkehrs. Diese Absperzung bedeutet den Wirtschaftskrieg. Er aber ist der wirkliche Bruder des blutigen Krieges.

Das wissen die Führer wirtschaftlich mächtiger Kreise sehr wohl. Mitunter kommen ihnen sogar Bedenken über die von hier verblendete Politik ihrer Klassengenossen und sie sehen sich genötigt, zu warnen, den Vogen nicht zu überspannen. So sagte der bekannte Generaldirektor Valin kürzlich: „Wir können nicht für die Freiheit der Meere kämpfen und gleichzeitig vor Mitteleuropa ein Siegel legen.“ Und über den Wirtschaftskrieg urteilte er bei der Anwesenheit deutscher Reichstagsabgeordneter in Hamburg am 15. und 16. Juni: „Denn — wenn er kommen würde — haben Sie noch mit einem vieljährigen Kriege zu rechnen.“

Ob solche Mahnungen beherzigt werden, wird uns die nächste Zukunft lehren. Das wirtschaftliche Abkommen mit den Staaten im Osten ist nur zum Teil perfekt, aber es läßt bereits in seinen abgeschlossenen Teilen erkennen, daß eine gegenseitige wirtschaftliche Absperzung unmöglich ist. Gegenseitig aufeinander angewiesen im Austauschverkehr von Natur- und Industrieprodukten, muß alles vermieden werden, was die austauschenden Schädigen könnte. Da muß auch der Mächtige Rücksicht üben, wenn er sich nicht ins eigene Fleisch schneiden will. Die Fanatiker des Wirtschaftskrieges haben durch die ersten Friedensschlüsse bereits einen Nasenstüber erhalten.

Die Arbeiter der einzelnen Länder, also auch die deutschen, haben im eigensten Interesse Stellung gegen jeden Wirtschaftskrieg zu nehmen. Nicht allein, weil er die unmittelbare Gefahr eines blutigen Krieges ist, sondern auch — wenn er unblutig geführt würde — weil er ihre Lage unbedingt verschlechtert. Sie haben am schwersten an den Folgen gewinnluchtiger Ereignisseitungen der besitzenden Klassen zu leiden, ob sie im eigenen Lande zwischen kapitalistischen Schichten oder zwischen den benachteiligten Klassen verschiedener Länder ausgefochten werden. Darum erstreben sie ein anderes wirtschaftliches System, als das kapitalistische, das ewige Gefahren über die Menschheit verhängt. Sozialismus und Kapitalismus sind unvereinbar miteinander, der erste muß den letzten ablösen, wenn die Gefahr eines Wirtschaftskrieges abgewendet werden soll.

Niemals könnte eine harmonische Verquickung sozialistischer Ziele mit kapitalistischen Tendenzen eintreten. Das wäre ein Non-sens. Quackalbereien mit sozialistischem Etikett verschmieren höchstens die Wunde, die desto gefährlicher wieder hervorbricht. Der Gegensatz von Sozialismus und Kapitalismus ist ein fundamentaler; Kapitalismus und Imperialismus dagegen sind untrennbar. Daraus leitet sich die Stellung der sozialdemokratisch denkenden Arbeiter her.

Wo sie nur können, müssen sie gegen die auf einen Wirtschaftskrieg hinleitenden Absichten ankämpfen, die sich mit sogenannten Schutzzöllen, danach gezogenen Zollgrenzen, mit wirtschaftlicher Absperzung befassen, überhaupt auf wirtschaftliche Benachteiligung richten. Die

Grundform für einen berartigen Kampf haben sie längst gefunden, indem sie gegen ihre eigene Benachteiligung durch den Kapitalismus kämpfen lernten.

Die von ihren gewerkschaftlichen Organisationen für den Friedensschluß gestellten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen werden sie aufrechterhalten und bei etwaiger Nichtberücksichtigung nachträglich für ihre Durchführung kämpfen, damit die Gefahren eines Wirtschaftskrieges gebannt werden. Diese Forderungen sind Gemeingut aller sozialdemokratischen Arbeiter. Die Gewerkschaften aller Länder stimmen mit diesen Forderungen überein. Es muß ihnen bei geeignetem Zusammenwirken gelingen, sie zur Geltung zu bringen. Bereits beginnt es auch nichtsozialdemokratischen Arbeitern — z. B. in England — aufzudämmern, daß ihre Bedeutung wächst und reformierend selbst auf die kapitalistische Wirtschaft wirken wird. Erstreckt sich diese Wirkung auch die trennende Wirkung beeinträchtigt, die der Krieg auf die Arbeiterklasse der kriegführenden Länder ausübt.

Gelänge es, Vertreter der organisierten Arbeiter aller Länder für die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen bei den Friedensverhandlungen mitwirken zu lassen, dann würde ein günstiges Gleichgewicht gegen die nur zu einflussreichen kapitalistischen Mächte geschaffen. Leider wird man das mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Die Folge davon wird eine einseitige Regelung sein, die dann für die Friedenswirtschaft neue Schwierigkeiten mit sich bringt.

Zum Teil könnten diese Schwierigkeiten schon behoben werden, wenn sich die Friedensschließenden entschließen könnten, eine internationale sozialpolitische Kooperationsdauer einzusetzen, worüber noch Näheres zu sagen sein wird. In Rußland zeigt es sich bereits, wie günstige Arbeitervertreter auf die Wirtschaft eines Landes und über die Grenzen des Landes hinaus auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker wirken können. Sie sind wirkliche Friedenssträger, die jedem Wirtschaftskrieg einen Damm entgegenstellen.

Genug, ein Wirtschaftskrieg muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert werden. Können alle auf wirtschaftliche Repressalien gerichtete Bestrebungen zurückgewiesen werden, so ist schon viel gewonnen. Es ist nur der Kapitalismus, der überall auf solche Repressalien sinnt. Er ist und bleibt die Gefahr, die allen Völkern droht.

## Die fremden Arbeiter.

Deutschland beschäftigt bereits vor dem Kriege eine große Anzahl fremde Arbeiter. Ein ansehnlicher Teil davon wurde in der Landwirtschaft verwendet. Gerade dieser Teil erfuhr eine Behandlung, die sie zu Menschen untergeordneter Klasse herabdrückte. Daher war es kein Wunder, wenn diese Arbeiter — hauptsächlich waren es polnische — gelegentlich aufständisch wurden oder davonliefen. Aber die Behandlung mußte schon eine sehr gräßliche sein, ehe es dazu kam; sonst ließen sich diese Parias sehr viel bieten.

Der Krieg hat der Landwirtschaft viel mehr fremde Arbeiter zugeführt. Darunter befinden sich sehr viel Großrussen. Im allgemeinen sind diese sicher willig, aber sie legen mehr Gewicht auf Menschenwürde als die oben bezeichneten polnischen Arbeiter, die oft nur eine Saison an bestimmter Stelle bleiben. Darum kann den Russen auch nicht mit dem Peitschenstock imponiert werden, und wo sich ein an das gegenüber den Polen beliebte Herrschaftsgewöhnlicher Agrarier Brutalität erlaube, hat mancher dabei den Kürzern gezogen. Deshalb trägt das dazu bei, den fremden Arbeitern gegenüber künftig überhaupt eine würdigere Behandlungsweg zu führen. Das würde sicherlich auch den heimischen landwirtschaftlichen Arbeitern zum Vorteil gereichen, da sie sich durch die überfüllten Herrenmasuren durch die Konkurrenz der Arbeit zu entziehen suchen.

Die Landflucht ist doch hauptsächlich auf niedrige Löhne und Behandlung zurückzuführen. Mit Mühen über die Landflucht und alle Mittel dagegen helfen nichts, wenn nicht die beiden Bedingungen erfüllt werden: Bessere Löhne, würdige Behandlung.

Es scheint aber, daß das Agrariertum sich von seiner überhebenden Herrenmethode nicht freimachen kann. Selbst die Erfahrungen des Krieges haben wenig daran geändert. Obwohl man die polnischen Landarbeiter noch nötiger als früher braucht, tut man nichts, um ihnen den Aufenthalt in Deutschland erträglicher, sie selbst arbeitsfreudiger zu machen. Sie jähren sich nicht wohl in Deutschland. Davon ist nicht bloß die Sprachverschiedenheit und die Gewohnheit der Eltern schuld. Jeder Mensch, der sich durch gute Behandlung erheben will, der durch Traulichmachung seiner Wohnung

angeheimelt wird, weiß das zu schätzen. Und er läßt sich auch leicht dazu erziehen — wollen wir einmal sagen.

Es fehlt aber hierzu bei den Agrariern der Wille, die obenbrein den finanziellen Vorteil in erste Linie setzen. Dabei rechnen sie falsch. Arbeitsfreude macht die Arbeit lukrativer, das ist nicht zu bestreiten. Sie muß geweckt und gepflegt werden. Gebildete Menschen bringen dazu die nötige Geduld mit. So machen sich auch mehr aufgewendete Mittel bezahlt.

Daß wir die Gepflogenheiten der Agrarier nicht schwarz malen, das wird bestätigt durch einen Artikel in der „Hilfe“ des Pastor Naumann. Es heißt darin: „Ganz besonders interessante Angaben bringt das Protokoll der Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung“ über die Sitzung vom 15. November 1915, welche sich mit der „künftigen Deckung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs“ befaßt. Der Oberpräsident v. Batocki — der bekannte Ernährungsminister a. D. — bedauert es direkt, daß die polnischen Arbeiter in seiner ostpreussischen Heimat so schlecht behandelt würden, da viele Gutbesitzer es als besonderen Beweis von Patriotismus hielten, den polnischen Arbeiter als Landesfeind möglichst niedrig zu entlohnen. Noch bezeichnender ist die Aussage des gewiß einer zu weit gehenden Arbeiter- und Polenfreundlichkeit nicht verdächtigen Direktors der bekannten „Deutschen Arbeiterzentrale“ des Freiherrn v. d. Busche (Rassel). Dieser im Ministerium des Innern sehr einflussreiche Herr betont geradezu, der polnische Arbeiter hätte fast durchweg „der deutschen einheimischen Arbeiterschaft die schlechte, schmutzige, gefährliche und minderwertige Arbeit abgenommen, denn er werde stets an der schlechtesten Stelle beschäftigt, so daß der deutsche Arbeiter erst durch den polnischen Arbeiter eine Aufstiegsmöglichkeit erhalten hätte.“

Diese unverdächtigen Zeugen bestätigen also unsere Auffassung. Wir brauchen hier wohl nicht besonders zu betonen, daß es mit der Aufstiegsmöglichkeit der deutschen landwirtschaftlichen Arbeiter nicht weit her ist. Sie ist bei der Herabdrückung der polnischen Arbeiter sehr zweifelhaft. Die deutschen landwirtschaftlichen Arbeiter sind trotz schwerer Arbeit in sehr dürftiger Lage, danach kann man bemessen, wie die fremden Arbeiter ausgebeutet werden.

Neben der Zitierung von Ausprüchen kompetenter Landwirte schreibt nun Pastor Naumann selbst in der „Hilfe“:

„Psychologische Momente scheinen hier mitzusprechen und zur Unzufriedenheit beizutragen. Es wäre freilich lächerlich zu behaupten, daß jeder polnische Arbeiter ein unchivaldees Opfer ist; es befinden sich darunter zweifellos auch recht unsichere Elemente. Insbesondere im Herbst und Winter 1915 ist aus Warschau und Lodz von der großstädtischen Gasse viel nach Deutschland herzu gekommen und diese dunklen Elemente schaden dem Ruf des polnischen Arbeiters. Aber bei solchen Massenproblemen kommt es nicht auf die Ausnahmen an, sondern auf das Ueberwiegende. Wer den polnischen Arbeiter näher kennt, der weiß, daß diese Leute große Arbeiter sind, die leicht zufriedenzustellen sind, wenn man ihnen nur etwas Herz zeigt. Die polnische Volkseele ist von Hause aus, wie bei allen Slaven, weich; falsch behandelt wird sie allerdings hart, und dieses Moment wird in Deutschland nicht genügend berücksichtigt. Selbst dieses nicht gerade hochstehende polnische Proletariat vermag keinen Gefallen zu finden an dem bei uns leider so häufigen barischen Ton, der insbesondere diesen Leuten gegenüber in Deutschland fast durchweg angebracht wird. Ganz besonders schlimm steht in dieser Beziehung auf dem Lande; nicht nur werden dort dem polnischen Arbeiter nachweislich, ohne Rücksicht auf seine und seiner Familie Gesundheit, gar oft kalte, oft unheilbare, enge und feuchte Unterkunftsräume angewiesen, — die Leute werden dort oft direkt mißhandelt. Man muß sich im gelobten Lande Mecklenburg sehen Dinge vor, die dem guten Ruf des deutschen Namens schaden.“

Stellt man das alles in Vergleich mit dem, was die Agrarier infolge der hohen Zerrungspreise für landwirtschaftliche Produkte einheimischen, dann muß das Urteil über ihre Handlungsweise gegenüber den Arbeitern, speziell den Fremden, sehr scharf ausfallen.

Was aus demselben ist diese Arbeiterbehandlung nicht. Ist es in landwirtschaftlichen Kreisen eine Besorgnis, die der Staat an Arbeitern nach dem Kriege in der Landwirtschaft gedeckt werden kann, dann sollte man die bereits beschriebenen Arbeiter gut lohnen und human behandeln, damit sie wenigstens der Landwirtschaft erhalten bleiben.

Erzwingen läßt sich die Neigung zur landwirtschaftlichen Arbeit nicht, sie kann nur durch verständiges Entgegenkommen geweckt oder erhalten werden. Die Arbeiter sind ohnehin gezwungen, zur Erhaltung ihres dürftigen Lebens jeden Arbeitszweig zu ergreifen, der ihre Existenz ermöglicht. Es wäre daher gar nicht so schwer, genügend Arbeiter aufs Land zu bringen. Freilich rücksichtsloser Ausbeutung suchen sie zu entweichen.

Sollte man nach den Wünschen gewisser Kreise dazu kommen, einen gesetzlichen Zwang für Einstellung von Arbeitern für die Landwirtschaft auszusprechen, so können wir heute schon sagen, daß das ohne Erfolg sein wird, wenn nicht zugleich ein auskömmliches Existenzminimum



Für die Arbeiter festgesetzt wurde. Und um eine bessere Behandlung der Arbeiter zu ermöglichen, müßten vor allem die im Deutschen Reich noch bestehenden Gesetze, die ländlichen Arbeiter den industriellen gleichgestellt werden.  
Es gibt aber auch noch andere feudalen Schuttweggeräuden.

### Ein Reichskommissar für Wohnungswesen.

In einer Bekanntmachung über die Einsetzung eines Reichskommissars für Wohnungswesen und einem Aufgabentext wird am 1. d. M. mitgeteilt:

Für die besonderen Aufgaben der Reichsverwaltung auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist der Zeit des Ueberganges von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ein Reichskommissar mit dem Titel Reichskommissar für Wohnungswesen bestellt worden, dem folgende Aufgaben zugewiesen sind:

1. Verteilung verfügbarer Meeres- und Marinevorräte für Bauzwecke im Einklang mit dem Reichskommissar für die Verwertung des entbehrlich werdenden Meeres- und Marinegutes;
2. Förderung der Erzeugung von Baustoffen;
3. Regelung des Absatzes von Baustoffen;
4. Gewährung von Bauzuschüssen aus den durch den Reichskommissar bereitgestellten Mitteln.

Der Reichskommissar vertritt den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes bei der Durchführung der oben genannten Aufgaben nach außen hin selbständig. Ihm wird ein Ausschuß beigegeben, der in grundsätzlichen Fragen zu hören ist. Den Vorsitz im Ausschuß, dessen Mitglieder vom Reichskanzler ernannt werden, führt der Reichskommissar.

Als Reichskommissar ist der Unterstaatssekretär im Königlich Preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Wirkliche Geheimrat Dr. Freiherr v. Coels v. d. Brüggen bestellt.

Damit ist der Aufgabentext des preussischen Staatskommissars für das Wohnungswesen nunmehr auch auf das Reich ausgedehnt worden.

### Erhaltung der Zigarrenherzeugung.

Unmüßig sieht man überall ein, daß es ernst wird mit der Stilllegung der Zigarrenherstellungsbetriebe infolge völligen Rohstoffmangels; man versucht, dem auf irgendeine Art entgegenzuwirken. Neuerdings hat der Verein deutscher Tabak-Fabrikanten und Händler eine Eingabe an das Reichswirtschaftsamt gerichtet, die eine weitere Herabsetzung des Kontingents und eine Gewichtshöchstgrenze für Zigarren fordert. Ferner wird der Vorschlag gemacht, nur noch Zigarillos mit geklebtem Deckblatt und ohne Umblatt herzustellen, um so die Betriebe auf eine längere Dauer aufrechtzuerhalten. Nachstehend der Hauptteil der Eingabe:

Da der Umfang der jetzigen Herstellung die Verarbeitung nur bis Ende dieses Jahres ermöglicht, so müßte wohl oder übel das jetzige Kontingent nochmals herabgesetzt werden etwa um die Hälfte, also auf 20 Prozent des ursprünglichen Kontingents. Diese Maßregel hätte eigentlich schon längst ergriffen werden sollen. Wir bitten deshalb um schleunige Einführung dieser Kontingentherabsetzung. Zwar verkennen wir nicht die Härte dieser Maßregel, jedoch ist sie der völligen Stilllegung der Betriebe immer noch vorzuziehen und sie möglichst wenigstens etwas die Aufrechterhaltung der Industrie, die Erhaltung eines kleinen Stammes qualifizierter Arbeiter und die Ueberleitung in die Uebergangswirtschaft. Zu erwägen wäre noch, ob die Betriebe, denen keine Meereslieferungen zugewiesen sind, nicht stillgelegt werden könnten. Nachweislich befinden sich darunter besonders diejenigen, welche Schundware herstellen und diese zu Wucherpreisen an den Mann bringen, Kettenhandel und Schieberunwesen in jeder Form begünstigen und in der Hauptsache die so viel und mit Recht beklagte übermäßige Preissteigerung bei der Zigarre hervorgerufen haben.

Zugleich mit der Kontingentherabsetzung müßte eine Herabminderung des Durchschnittsgewichtes der Zigarre verfügt werden. Statt das die Zigarrenherstellung mit Ende des Jahres stillgelegt wird und damit auch die Belieferung des Meeres aufgehört, sollte doch einer Gewichtsherbabsetzung der Zigarre unbedingt der Vorzug gegeben werden. Werden die notwendigen Nahrungsmittel in immer kleineren Quantitäten zugemessen, so würde eine solche Maßregel bei der Zigarre kaum noch als Härte empfunden werden. Das gilt sowohl für die an das Meer wie auch an die Zivilbevölkerung zu liefernde Ware. Und wir möchten darauf hinweisen, daß die Mode der großen Zigarre eigentlich erst aus der Neuzeit stammt. Früher war jedenfalls das Durchschnittsgewicht der Zigarre bedeutend geringer als in den letzten Friedensjahren und selbst als heute. Je geringer das Gewicht der Zigarre bewiesen ist, um so länger kann die Herstellung aufrecht erhalten werden, und es ist immer noch besser, wenn die Käufer Zigarillos erhalten als gar keine Zigarren. Jedoch wäre es durch diese beiden Maßnahmen, Kontingents- und Gewichtsherbabsetzung, möglich, in der Verarbeitung den Anschluß an die diesjährige Ernte zu gewinnen, wodurch dann die Zigarrenindustrie noch auf reichlich ein Jahr weiter aufrechterhalten werden könnte.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, nur Zigarillos mit geklebtem Deckblatt ohne Umblatt mit beliebiger Einlage, wozu eventuell Zigarettenabfälle verwendet werden könnten, herzustellen. Die bisher erforderliche Menge an Blattmaterial würde dadurch sehr stark herabgesetzt werden, und es ließen sich dadurch aus unseren deutschen Tabaken große Mengen Decker gewinnen, wahrscheinlich soviel, um alle heutigen Zigarrenmacher weiter zu beschäftigen. Die Frage der Umblatteleistung, die heute

die größten Schwierigkeiten macht, wäre damit vollkommen gelöst, es fiel eben einfach fort; wir hätten dann ein Fabrikat, wie es z. B. in Havanna schon seit langer Zeit angefertigt wird und bei uns auch in Raucherkreisen durchaus nicht unbekannt ist. Einlage würde auch genügend vorhanden sein, zumal hier Zigarettenabfälle beigemischt werden könnten. Dies Verlangen kann durchaus nicht als ungerechtfertigt angesehen werden im Hinblick darauf, daß die Zigarettenfabrikation der Zigarrenindustrie in den letzten Jahren durch Kauf, z. B. von Java, viel Tabak entzogen hat. Die Verarbeitung der Einlage in geschnittenem Zustande würde die Gleichmäßigkeit des Fabrikats genügend gewährleisten. Eine Probe so gefertigter Zigarillos liegt bei.

Wir sind überzeugt, daß durch vorstehend gekennzeichnete Maßnahmen die Zigarrenindustrie noch auf geraume Zeit aufrechterhalten und sicherlich in den Frieden hinüber gerettet werden könnte. Die Stückzahl der auf diese Weise hergestellten Fabrikate würde recht ansehnlich sein und die bisherigen Zigarrenraucher beladnen wenigstens noch ein Fabrikat, daß der Zigarre immerhin noch ähnlich wäre und sie ihr nicht für alle Zeiten entfremdet. Die außerordentlich wichtige Frage der Weiterbeschäftigung einer erheblichen Anzahl von Arbeitern wäre damit auch gelöst. Zu berücksichtigen ist dabei, daß es sich hier in überwiegendem Maße um Elemente handelt, die für schwere Arbeit zu schwach oder auch sonst ungeeignet sind, während es für die Zigarrenindustrie von größter Wichtigkeit ist, sich ihre qualifizierten Arbeiter zu erhalten.

Insbesondere würde dadurch, daß die bisherige Zigarre in der Hauptsache fortfällt, die Frage der Erhöhung des Zigarettenkontingents in die Nähe gerückt sein. Wir gehen davon aus, daß die höfliche Anfrage, ob eine solche beabsichtigt ist und im bejahenden Falle, den Vorschlag zur Ermäßigung anheimzustellen, dieses Mehrkontingent der Zigarrenindustrie zur Verfügung zu stellen. Sicherlich wäre eine ganze Reihe von Zigarrenfabriken in der Lage, auch Zigaretten herzustellen, natürlich nur in Handarbeit.

### Umstellung der Zigarrenherstellungsbetriebe.

In den Vereinigten Tabak-Zeitungen beschäftigt sich Ziv.-Ing. A. Engl mit der Frage der Umstellung der Zigarrenfabriken auf Ertragarbeit. Die Frage ist an sich der schwindenden Rohstoffvorräte gewiß recht bedeutungsvoll und sollte uns alle, die wir Interesse an der Weiterbeschäftigung von Arbeitern und Arbeiterinnen nehmen, die aus irgendeinem Grunde in anderen Berufen nicht tätig sein können, veranlassen, ihr unsere Gedanken zuzuwenden. Herr Ziv.-Ing. Engl denkt bei seinem Vorschlage hauptsächlich nur an die Ausnutzung vorhandener Kraft- und Maschinenanlagen, während uns mehr die Rücksicht auf die Arbeiter leitet, wobei wir selbstverständlich auch die Rentabilität vorhandener Anlagen zu fördern nicht ablehnen. Freilich gibt es in der Zigarrenherzeugung nicht gar viel Betriebe mit Kraft- und Maschinenanlagen, aber Herr Engl betont ja auch, daß Maschinen für die von ihm vorgeschlagene Ertragindustrie noch zu haben sind. Es braucht bei dem Vorschlag des Herrn Engl natürlich nicht zu bleiben, denn es werden noch mehr Waren als Futtermittel in Zigarrenfabriken und von Arbeitern dieser Fabriken herzustellen möglich sein. Es gibt jetzt schon Tabak- und Zigarrenfabriken, die sich auf Kriegsarbeit umgestellt haben, oder im Begriff sind, es zu tun. Wir dürfen ja wohl annehmen, daß angesichts der Lage der Zigarrenindustrie die Behörden solche Bestrebungen möglichst begünstigen werden.

Herr Ziv.-Ing. Engl schreibt nun: Wohl die meisten Besitzer von Zigarrenfabriken werden Umschau halten nach einer Ertrag-Industrie bzw. Fabrikation die eine, wenn auch nur teilweise Beschäftigung ihres Betriebes, ohne zu große Kosten für Neuanschaffungen gestattet.

Es fragt sich nun, auf welchem Gebiete der heimischen Industrie macht sich ein besonderer Mangel an Fabrikationsanlagen geltend und von welchen Rohstoffen, die der Verarbeitung harren, sind noch genügende Mengen vorhanden. Diese Frage wird durch einen Blick in die Tageszeitungen rasch beantwortet.

Die stark vermehrte Produktion Deutschlands an Futtermitteln und Ertragsfütterstoffen zur Ernährung der Tiere genügt immer noch nicht, um den Ausfall der ausländischen Friedenseinfuhr zu decken. Nachdem heute durch Einführung erprobter Verfahren eine Reihe von Ertragsfütterstoffen als brauchbar zur Verfütterung gefunden worden sind, z. B. getrocknetes Laubheu, Seegrass, Schilf, Weidenröhren usw., und diese Stoffe immer noch in genügenden Mengen in rohem Zustande vorhanden sind, machte sich eine gewaltige Nachfrage nach entsprechenden Verarbeitungsmitteln hierfür bemerkbar, und zwar obwohl eine Reihe infolge des Rohstoffmangels stillgelegender Gewerbebetriebe sich bereits auf dieses Gebiet umgestellt hat.

Zweifellos wäre nun auch die Zigarrenindustrie in der Lage, sich mit geringen Mitteln auf die Herstellung von Ertragsfüttermitteln einzurichten, zumal die zuständigen Behörden und Stellen solche Unternehmen weitgehend unterstützen. Die Fabrikation ist denkbar einfach. In den meisten Fällen wird das bereits getrocknete bzw. gedarrte Rohmaterial den verarbeitenden Betrieben angeliefert, wie zum Beispiel Hammer-Mühlen, Simplex-Mühlen, in die vorgeschriebene Feinheit vermahlen. Die in den Zigarrenfabriken vorhandenen Schneidmaschinen und Trockenanlagen sind für die Zwecke der Ertragsfüttermittelherstellung ohne weiteres verwendbar.

Die Bedienung solcher Anlagen kann von ungeübten Arbeitern und Arbeiterinnen leicht vorgenommen werden. Die Umstellung macht im Betriebe keine großen Veränderungen

nötig und die für die Anschaffung solcher Maschinen nötigen Beträge sind meist rasch durch die erzielten hohen Mahllöhne verdient.

Die Beschaffung entsprechender Maschinen ist noch möglich und es gibt auch auf diesem Gebiet Spezialfabriken, wie z. B. die Alpine-Maschinenfabrik-Gesellschaft in Augsburg und noch einige andere.

### Die hohen Preise für Tabakfabrikate.

Das früher jemand gedacht, daß eine Zigarre, die im Kleinhandel eine Mark kostet, noch lange nicht zu den teuersten gehört, daß sie überhaupt noch kleinerer besonderer Vorzüge besitz. Wenn man vor dem Kriege an eine Zigarre zu einer Mark dachte, so dachte man sich als Raucher gleich einen Krübel gleich dazu. Der Krieg hat die Welt umstürzelt, er hat aber auf das Tabakgewerbe extra gewirkt. Einen festen Boden in irgend einer Hinsicht gibt es im Tabakgewerbe überhaupt nicht mehr. Es geht drunter und drüber, oder besser gesagt abwärts und aufwärts, soweit die Erzeugung nach Menge und Güte in Frage kommt, abwärts auch in der Zahl der beschäftigten Tabakarbeiter, aber aufwärts in Preisensprüngen hinsichtlich der Warenpreise.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Warenpreise den verteuerten Herstellungskosten entsprechend sein müssen; es ist auch erklärlich, daß die Gewinnquote für Produzenten und Händler heute größer ist als vor dem Kriege, aber was steht an Preisen für Tabakwaren gefordert wird, ist zum Teil durchaus nicht gerechtfertigt und muß als schamloser Wucher bezeichnet werden. Gewiß, die Rohstoffpreise sind enorm hoch, sie sind aber nicht entfernt so hoch, daß sie Preise bedingen, wie sie gegenwärtig für das Fertigfabrikat gezahlt werden. Die Löhne der Tabakarbeiter sind erst recht nicht als Erklärung für die hohen Preise heranzuziehen, stehen doch die Löhne in gar keinem normalen Verhältnis mehr zu den Warenpreisen, wie sie heute von den Rauchern gezahlt werden müssen.

Man braucht die Preise der Meeresverwaltung für die von ihr bezogenen Tabakfabrikate wirklich nicht als besonders hoch anzusehen und kann betonen, wenn in Erzeugerkreisen eine Erhöhung gefordert wird, aber sie beweisen doch, daß mindestens bei einer möglichen Erhöhung damit auszukommen ist; daß auch dem Erzeuger trotz aller Verteuerung der Rohmaterialien, der Futaten, der Löhne usw., noch ein angemessener Verdienst bleibt. Nehmen wir selbst an, daß die private Rundschau durch höhere Preise den Erzeuger entschädigen könnte für die billiger zu liefernden Waren für Meer und Marine, so wären auch dann die Preise für Tabakfabrikate sehr oft noch viel zu hoch.

Die Tabakarbeiterchaft steht keineswegs auf dem Standpunkt, daß die Zeiten nieherkehren mögen, in der eine scharfe Konkurrenz zum Teil auf schändlich geringe Löhne beruhend, die Preise nach unten drückt und der Raucher schließlich infolge dieser Preisunterstützung den Vorteil hatte. Die Zeiten der 5-, 6-, 7-, ja, der 10-3-Zigarre dürften für immer dahin sein. Immerhin hat die Tabakarbeiterchaft ein Interesse daran, jetzt sowohl wie auch künftig, daß der Herstellungswert und Verkaufspreis in einem vernünftigen und realen Verhältnis stehen. Gegen eine Bewehrung des Publikums lehnt sich die Tabakarbeiterchaft auf, mit Rücksicht nicht nur auf das Publikum, von dem besonders die Raucher unter den Arbeitern und kleinen Leuten getroffen werden, sondern auch mit Rücksicht auf das fernere Wohlergehen und Gedeihen der Tabakindustrie.

Wie alles, werden auch die Tabakfabrikate am Gegenstand des Preisenswunders gemacht. Es sind auch nicht nur Zigarren, für die unangerechtfertigt hohe Preise gefordert werden. Neben weiß, daß der Zeitpunkt heranzückt, da die Zigarrenherzeugung so gut wie ganz eingestellt werden muß, was natürlich die Preissteigerung sehr begünstigt, sind aber die Zigarettenpreise geringer? Wird nicht auch für Zigaretten heute ein Preis gefordert und gezahlt, der den Herstellungswert weit übersteigt? Für Zigarren, für Rauchtobak, zum guten Teil auch für Rauchtobak ist zu berücksichtigen, daß mehr oder weniger schon die Seltenheit dieser Waren den Preis in die Höhe jagt. Bei der Zigarette kann das nicht in demselben Maße der Fall sein; obwohl für Meer und Marine große Mengen angefordert werden, bleibt doch für den freien Handel bedeutend mehr übrig, als es bei den eben genannten Waren der Fall ist; außerdem ist hier die Zufuhr von Rauchtobak wohl beeinträchtigt, doch in großem Maße noch möglich. Auch die sehr hohen Preise für Zigarettenabfälle rechtfertigen nicht so riesig hohe Kleinhandelspreise.

Wer ist denn nun Schuld an den Wucherpreisen? Die Kaufkraft bedingt sich aneignend mit dieser Frage. Eine Schuld, soweit man bei solchen Erscheinungen von einer Schuld sprechen kann, einzelnen Personen oder Personengruppen beizumessen, scheint uns nicht angebracht. Der Krieg entwickelt eben das Ausmaß aller Dinge des Wirtschaftslebens ins Ufergewöhnliche. Fabelhafte Brauch man sich da zu wundern, daß die Wucherer jeder Art, gewerbmäßiger und gelegentlicher, auch den ihre Absichten so sehr begünstigenden Zustand im Tabakgewerbe, verbunden mit den allgemeinen Verhältnissen, ausnutzen? Wir wundern uns darüber gar nicht. Wir geben zu, daß es im Gewerbe noch ein Streben gibt von dieser Bahn zurückhalten und bei Personen den eigentlichen Wucher betreiben, die sonst dem Tabakgewerbe meistens fern standen. Diese Leute kaufen heute maßlos jeden Kosten Tabakfabrikate, nicht nur Zigarren, zu jedem Preise, und verdienen noch schweres Geld daran. Wenn nun wirklich ein Fabrikant nach solchen Preisen greift, kann man ihm, besonders wenn er sonst schwer zu kämpfen hatte, einen besonderen Vorwurf daraus machen in einer Zeit, da der „heilige Egoismus“ Draien leiert?

In diesen Tagen ging durch die Tagespresse folgende vom Deutschen Tabakverein veranlaßte Notiz:

Viele Raucher sind geneigt, die Schuld an den maßlos hohen Preisen, die ihnen jetzt häufig im Kleinhandel für Zigarren abverlangt werden, den Zigarrenherstellern oder Zigarrenhändlern zuzuschreiben. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß infolge der großen Anforderungen seitens der Meeresverwaltung die Nachfrage das Angebot, und zwar gerade in den billigen Preisklassen, bei weitem übersteigt, und daß ein sehr erheblicher Kettenhandel, der sich leider auch in den Geschäfteverkehr mit Tabakarzeugnissen einmischt, hat diese Lage ausnutzt und die Preise in unvorstellbar hoher Weise in die Höhe treibt. Herstellerpreise über 5-600 M für das Tausend Zigarren waren in Friedenszeiten Phantasiapreise und sind auch heute nicht gerechtfertigt. Es liegt aber andererseits auch auf der Hand, daß zu Friedenspreisen heute Zigarren nicht mehr zu haben sind; denn erhebt sich Tabak fast gar nicht zu bekommen der vollständige Stillstand hat den Einkaufspreis um das Mehrfache verteuert; und sämtliche Herstellungskosten sind unangehört geblieben. Es hätte sich für den Zigarrenraucher empfehlen, daß er Zigarrenverkäufer, von denen er sich überverteilt glaubt, bei dem betreffenden Orte bestehende Preisprüfungsstelle zur Untersuchung nachsicht macht; in der Regel wird dabei nachweisen können



daß er sich mit einem angemessenen Nutzen begnügt, indem er bekanntlich, zu welchen Preisen und von wem er eingekauft hat, nur so fern unrichtigen Preisansprüchen, die vom Standpunkt des ehrbaren Herstellers und Verkäufers aus, wie auch ganz besonders im Interesse der Verbraucher auf das Lebhafteste zu beklagen sind, wirksam entgegen zu treten.

Ganz recht! Es hätte mir nicht von Staats allein geschrieben werden sollen. Daß der genehrene Rat helfen wird, glauben wir ja nicht. Wohl man hin und wieder ein Wucherer mit Tabakfabrikanten aus nichterachtlichen Messer gelagert werden, wobei noch zu zweifeln ist, ob man den Hauptkühnheiten teilhaftig, aber den Wucher selbst wird man damit keineswegs ausrotten. Wir sind überzeugt, daß der Wucher noch lange nicht den Gipfel seiner Wirksamkeit erreicht hat. Wir bebauern das nicht nur mit Rücksicht auf die mitleidig-bemittelte Bevölkerung, sondern vor allem auch mit Rücksicht auf die Tabakindustrie selbst. Der Krieg und seine lange Dauer schlägt dem ganzen Tabakgewerbe schon schwere Wunden, so daß es des Wuchers und Schleichens nicht erst bedürfte, um das Maß voll zu machen. Wer soll später den Lustgast reinigen?

Um dem Uebel beizukommen, genügen die bisher gemachten Vorschläge nicht; auch Preisprüfungscommissionen werden nicht helfen. Man mußte schon eine Zentrale für Privatlieferungen von Tabakfabrikanten einrichten und die Verteilung organisieren. Aber dafür wird sich wohl wenig Verständnis finden; demgegenüber dürfte der Wucher als das kleinere Uebel angesehen werden. Die selbst Wucher treiben, werden jedoch Hände und Füße gegen solch eine „Verächtlichkeit“ zusammenlegen.

## Zur Unterstützung erwerbsloser Tabakarbeiter.

Vom Gauleiter Kollegen Hadelberg geht uns folgender Bericht zu:

Die Antworten mehrerer Gemeindeverwaltungen, die von mir Mahnschreiben erhielten, sind in Nr. 34 des „Tabak-Arbeiters“ veröffentlicht worden. Bis zum 1. September sind dann noch folgende Antworten eingelaufen:

**Grohn bei Vegesack und Nörten (Hannover)** antworten, daß dort nur vereinzelt Tabakarbeiter wohnen; diese seien noch in ungekündigtem Arbeitsverhältnis.

**Jehoe** will 60 Prozent des Verdienstes an Unterstützung zahlen, falls Regierung und Mindener Zentrale einverstanden sind; sonst 14 M. pro Woche an alle Arbeitslose und 2 bis 4 M. für jedes Kind.

**Schleswig** hält besondere Maßnahmen nicht für nötig, da die wenigen Tabakarbeiter leicht Arbeit in anderen Berufen finden werden.

**Flensburg** schreibt, daß der Magistrat sich mit der Kriegswohlfahrtspflege in der Sitzung am 19. August beschäftigt werde, dann soll ich Mitteilung erhalten.

**Scharmbeck**. Dort ist für den Flecken eine Kommission gebildet, der auch zwei Zigarrenfabrikanten und zwei Tabakarbeiter angehören. Ueber Beschlüsse soll ich Nachricht erhalten.

**Sülldorf (Holstein)** antwortet, daß Unterstützung nach Bedarf gezahlt werden soll.

**Wildeshausen** hat 75 Prozent bewilligt.

**Willwärders a. d. Bille b. Hamburg** schreibt, daß die arbeitslosen Tabakarbeiter in Munitionsfabriken untergebracht seien.

**Gandersheim** antwortet, daß Unterstützung gezahlt werden soll; aber nur an solche, die trotz aller Mühe keine Arbeit finden können.

**Uslar im Solling** erklärt, daß im Munitionswert Sollingerhütte stets Arbeit zu finden sei.

**Pelmarshausen** teilt mit, daß Fürsorgeeinrichtung beschlossen und die Leitung einem Stadtverordneten, der Zigarrenarbeiter ist, übertragen sei.

**Zellerfeld im Harz** meint, daß eine Fürsorgeeinrichtung nicht erforderlich sei, da bei den 26 in Arbeit befindlichen Tabakararbeitern kein Notstand herrsche.

Aus vielen dieser und in früheren Nummern des „Tabakararbeiters“ veröffentlichten Antworten geht hervor, daß die Gemeindeverwaltungen zum Teil ganz falsche Auffassungen von der Sache haben und andere wieder die Regelung auf die lange Bank schieben möchten. Da müssen die Kollegen der betreffenden Orte die Gauleitung energisch unterstützen, damit etwas Ersprießliches für die Tabakararbeiterschaft herauskommt.

Mittlerweile hat auch Berlin etwas von sich hören lassen, allerdings erst, nachdem von unserem Verband die Schaffung besonderer Fürsorgeeinrichtungen gefordert wurde. Der Magistrat schreibt nun:

Nach unseren eingehenden Ermittlungen ist eine Erwerbslosigkeit in nennenswertem Umfange bei den Berliner Tabakararbeitern der Zigarrenfabrikation — die hier infolge Kontingentierung des Tabaks allein in Frage kommt — noch nicht in Erscheinung getreten und für die nächste Zeit auch nicht zu erwarten.

Da auch seitens der Reichs- und Staatsbehörden eine Sonderfürsorge nicht vorgesehen ist, sondern eine Unterstützung durch die allgemeine Kriegswohlfahrtspflege, hier also die allgemeine Arbeitslosenfürsorge, für ausreichend gehalten wird, muß einstweilen von besonderen Maßnahmen abgesehen werden.

Also selbst die Reichshauptstadt, bei der ein paar Hunderttausend keine Rolle spielen, hält besondere Maßnahmen für erwerbslos werdende, in andern Berufen nicht zu verwendende Tabakararbeiter einstweilen für überflüssig. Vielleicht sollen nach Beendigung des Krieges besondere Maßnahmen getroffen werden, dann, wenn der letzte Tabakarbeiter unterm Rasen liegt.

Aus Schwiebus wird berichtet, daß auf die erneute Einladung unseres Verbandes die Stadtverordnetenversammlung sich im Prinzip zur Unterstützung erwerbsunfähiger und erwerbswilliger Tabakararbeiter bei einsetzendem Arbeitsmangel bereit erklärte.

## Sogenannte Arbeitslose, Herren und Damen.

Wenn einmal die Geschichte dieser Kriegszeit geschrieben wird, muß zur Kennzeichnung der Verhältnisse auch ein Kapitel eingestrichelt werden, das von der Lage jener Arbeiter und Arbeiterinnen handelt, die durch den Krieg ihre Existenz einbüßten und nicht selten waren, zu anderen Berufen überzugehen. Man wird ja kommen den Geschlechtern von der privaten und staatlichen Hilfsbereitschaft in großen Worten allerlei erzählen, doch merken die Tabakarbeiter jetzt selber recht wenig davon. Wer später einmal nur den „Tabak-Arbeiter“ herausnehmen möchte, wird erkennen, daß es trotz aller schönen Worte mit der Kriegswohlfahrtspflege für Arbeitslose aus dem Tabakgewerbe recht schlecht stand. Und das trotz des Wohlwollens des Reichskanzlers, trotz der Millionenpende der Zentrale für Kriegsleistungen von Tabakfabrikanten! Wie man über die Lage der Tabakararbeiter, die, soweit sie zur Zigarrenindustrie gehören, denkt, obwohl bereits Hunderttausende entlassen worden sind und der Rest demnächst ebenfalls auf die Straße gesetzt wird, zeigt eine Verhandlung, die am 8. September in der Sitzung der Städtischen Kollegien zu Altona stattfand. Auf Betreiben unserer Verbandsvertreter hatte die Städtische Kommission für Arbeitsnachweis 120 000 M. angefordert, damit die Unterstützung für Arbeitslose, wie es Hamburg bereits getan hatte, um 50 v. H. erhöht werden konnte. Bis jetzt war die Unterstützung völlig unzureichend. Das „Hamburger Echo“ berichtet nun über die Verhandlung folgendermaßen:

In der Debatte gaben die Mitglieder der neuen bürgerlichen Fraktion, die Stadtverordneten Esch und Ellrich Vorschläge vor sich, die ganz merkwürdige Perspektiven für die Zukunft eröffnen. Nachdem Senator Schöning die Vorlage begründet und zur Annahme empfohlen hatte, hat Herr Ellrich um's Wort. Er war, wie er betonte, nicht grundförmig gegen die Vorlage. Doch seine weiteren Ausführungen zeigten ein solch großes Maß von Unkenntnis der augenblicklichen Verhältnisse, daß man sich darüber nur wundern kann, wie ein solcher Mann überhaupt Stadtverordneter sein kann. Er fragte ganz verunndert, warum denn ein einzelner Berufsstand auf Kosten der Allgemeinheit unterstützt werden solle. Es sei ihm auch ganz unerträglich, daß heute noch Tabakarbeiter ohne Beschäftigung sein sollten. Es gäbe doch ein Hilfsdienstgesetz, und auch die Arbeitsstellen in Altona für dauernd Frauen und Mädchen zur Arbeit. Die arbeitslos gewordenen Tabakararbeiter und -arbeiterinnen müßten sich doch nur neue Arbeit suchen. Es ginge einfach nicht an, daß sie aus kommunalen Mitteln unterstützt würden, wenn sie in ihrem Berufe keine Arbeit finden. Unter Genosse Stadtverordneter Hadelberg mußte diesem langjährigen Stadtverordneten zuerst auseinandergesetzt, was sich eigentlich schon jedes Kind sagen wird, daß das Reich und die Kommune nur diejenige Gruppe von Arbeitern unterstützt, die arbeitslos wird und in einem anderen Berufe nicht untergebracht werden kann. Hauptächlich handelt es sich um alte und mit körperlichen Gebrechen behaftete Leute, die in einem anderen Berufe nicht untergebracht werden können und die unterstützt werden müssen. Da Hamburg die Höhe erhöht hat, muß Altona folgen. Altona mit seiner großen Tabakindustrie leidet unter dem immer fähiger werdenden Tabakmangel sehr und daher muß etwas für die Arbeitslosen geschehen. Mit eindringlichen Worten trat der Redner dann für Annahme der Vorlage ein. Er wies bei dieser Gelegenheit noch auf einen anderen Umstand hin, der dringend der Regelung bedarf. Unter den arbeitslos werdenden Tabakararbeitern gibt es eine verhältnismäßig große Zahl von Ausländern. Holländer und andere neutrale Ausländer arbeiten hier in Altona schon seit langen Jahren in der Tabakbranche. Es gibt einige, die schon seit 25 respektive 30 Jahren hier ansässig sind. Die Leute bekommen nun, wenn sie arbeitslos geworden sind, keine Unterstützung. In Hamburg wird anders gehandelt. Dort erhalten auch diese Arbeiter eine Unterstützung. In Altona wird das nicht der Fall sein, da dies nach einer preussischen Verordnung verboten ist. Unser Genosse reagierte nun an, daß die Kriegswohlfahrtspflege und auch die Gemeinden auf Preußen einen Druck ausüben mögen, daß es seinen Standpunkt verläßt. Schon aus politischer Klugheit sollten wir nicht so engherzig handeln. Es handelt sich doch um Leute, die seit langen Jahren hier ihre Steuern bezahlt haben und jetzt nicht durch ihre Schuld arbeitslos geworden sind. Auch der Magistrat müsse an maßgebender Stelle danach hinarbeiten.

Trotz dieser Ausführungen war Herr Esch immer noch nicht dahinter gekommen, warum es sich eigentlich handelte. Er wollte noch weitere Ausführungen haben. Seiner Ansicht nach könnten ja die arbeitslos gewordenen Tabakararbeiterinnen, die in den letzten vier Jahren sehr viel Geld verdient hätten, Dienstmädchen werden. Die würden jetzt immer sehr gesucht. Herr Esch redete noch allerlei durcheinander und man merkte bei ihm das Bestreben, seinen Freund Ellrich an Unkenntnis zu überbieten.

Direktor Bauersfeld setzte nun den beiden Stadtverordneten auseinander, daß dies gar keine besondere Unterstützung für die Tabakararbeiter sei, sondern, daß es sich um eine allgemeine Unterstützung handele, die allen denen zuzukommen, die infolge des Krieges arbeitslos geworden seien. Unterstützt wird, der seit dem 1. Juli 1916 in der Tabakindustrie beschäftigt gewesen ist. Der Vorfahre muß auch seit dem 1. Januar 1917 in Altona wohnhaft gewesen sein. Die Arbeitslosen müssen sich ferner täglich beim Arbeitsnachweis melden und müssen jede ihren körperlichen Verhältnissen angemessene Arbeit annehmen. Die Unterstützung, die die Leute erhalten, ist sehr gering bemessen. Selbst nach Ansicht Direktor Bauersfelds können die Leute nicht lange damit existieren. In der Ausländerfrage könne Altona nichts unternehmen, da es sich nach der ministeriellen Verfügung richten müsse. Nicht aber Herr Ellrich. In geradezu provozierender Weise sprach er davon, daß er es nicht für richtig halte, daß eine Gruppe sogenannter Arbeitsloser, solche Herren und Damen unterstützt würden. In ganz treffender Weise kannten unsere Genossen Fürbis und Haage die beiden bürgerlichen Stadtverordneten ab, die durch ihr herausforderndes Benehmen sich gründlich blamiert hatten. Zur Sache selbst empfahl auch Justizrat Schwenthaal, daß die arbeitslos werdenden neutralen Ausländer vom Staat unterstützt werden mögen.

Die Vorlage wurde schließlich zwar einstimmig angenommen, aber die Verhandlung gibt uns ein Bild über die Auffassung bürgerlicher Herren über Kriegswohlfahrtspflege überhaupt, und über ihre Anwendung gegenüber arbeitslosen Tabakararbeitern im besonderen. Sogenannte Arbeitslose, Herren und Damen! Wie leicht stellen sich die Alten und Krüppel, die schließlich auf die Unterstützung angewiesen sind, den sozial so sorglosen bürgerlichen Leuten einmal vor.

Das ist nun ein Bild aus einer Großstadt. So man es auch wohl in den Köpfen mancher Dorf- und Kleinstadtparlamentarier auslesen! Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn es mit der Unterstützung arbeitsloser Tabakararbeiter nicht vorwärtsgeht.

## Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

**Hamburg.** Die Firmen Albrecht u. Schmidt, H. Baette, Böhle u. Co., Böbling u. Mühle, G. W. Graf, Hugo Harbeck, Hord u. Quast, Walter Jürgen u. Co., Friedr. Justus, Ernst Rasch u. Co., G. Hul. Klein, J. W. Lemke, G. Löwenwald u. Co., v. d. Meben u. Thomsen, Müller u. Martens, J. F. Schaper, Scheer u. Krogmann, Hinr. Schlichting, Traugott Söllner u. Co., Paul Franz Stohlmann u. Sohn, Vereinigte Tabakindustrie und Weipflog u. Fischer bewilligten den in der Zigarrenmacherei Beschäftigten 75 Prozent, den Sortierern, Bellebern, Fertigmachern und Packern 60 Prozent Teuerungszulage. Die Firmen Friedr. Hansen, J. Neumann, S. Simon u. Co., Rich. Weipflog und A. Wolf erhöhten die Zulagen auf 75 Prozent für alle Beschäftigten. Die Firmen Siegf. Penon, G. F. Bärkel, Otto Eising, Friedr. Fischer, A. Flemming, Ernst Herwig, C. Landahn, J. Kamke, Gebr. Schönel, Heinr. Schütz, Rud. Timm und Lorenz Winter erhöhten die Lohnzulage auf 100 Prozent.

**Altona.** Die Firmen Caprano u. Gruhn, Ehlers u. Off, Jaminet u. Meyer, G. Müller, Langhans u. Jürgen u. Co., G. F. Schmidt bewilligten den in der Zigarrenmacherei Beschäftigten 75 Prozent, den in der Sortiererei Beschäftigten 80 Prozent, Teuerungszulage. Die Firma Otto Henningsmeyer u. Söhne bewilligte 75 Prozent für alle Arbeiter. Die Firmen Heinr. Behrens, L. Bremer, C. Deichsel, Joh. Dold, M. Gründner, G. F. Neumann, W. Poppe, Aug. Reiczug, Emil Sandberg, Wilh. Sohn und G. Wagner erhöhten die Lohnzulage auf 100 Prozent.

**Wandsbek.** Die Firmen D. Persson und S. Sorg erhöhten die Lohnzulage auf 100 Prozent.

**Weschhacht.** Die Firma F. D. C. Schulte bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.

**Harburg.** Die Firma S. Kieck erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

**Jehoe.** Die Firma Johs. Fischer bewilligte den Zigarrenarbeitern 135 bis 140 Prozent, den Zurißtern 100 Prozent.

**Kredstedt.** Die Firma M. Größ (Tabakfabrik) erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

**Lübeck.** Die Firmen C. Schriever und A. Steffen erhöhten die Lohnzulage auf 100 Prozent, die Firma S. Scherring auf 75 Prozent.

**Burgdamm.** Die Firmen Wilhelm u. Stolte, Stucken u. Mahler, M. Oldermann, Trautwein, Meyer u. Pflüger, M. Wilkens Nachf., Ferd. Schmidt u. Co. und Schröder u. de Vries bewilligten den in der Zigarrenmacherei Beschäftigten 75 Prozent, den Sortierern 50 Prozent.

**Scharmbeck.** Die Firmen J. L. u. Ritsche, B. Bledde u. Frigberg, Gebr. Bledde, S. D. Bieg u. Co. und Hugo Feist u. Co. bewilligten 57 Prozent Teuerungszulage, jedoch den Sortierern nur 50 Prozent.

**Osterhof.** Die Firmen G. Riechers u. Co. und Fr. Schröder u. Co. bewilligten 75 Prozent, für Sortierer nur 50 Prozent.

**Vegesack.** Die Firma D. D. Spille erhöhte die Zulage auf 75 Prozent für Zigarrenmacher, für Sortierer auf 50 Prozent.

**Zeisel (Hannover).** Die Firma Otto Homburg bewilligte Lohnzulagen von 100 Prozent.

**Hannover.** Die Firmen Carl Viermann, S. Widemeyer, Karl Köttcher, L. Füllgrabe und Otto Kroon erhöhten die Lohnzulage auf 100 Prozent.

**Linden.** Die Firma Rich. Vley bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.

**Uslar.** Die Firma Aug. Otte erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

**Carlschafen.** Die Firma Bauermeyer u. Co. erhöhte die Teuerungszulage auf 100 Prozent.

**Mühlhausen i. Thür.** Die Firmen Franz Riebel und Ferd. Martin erhöhten die Zulage auf 75 Prozent.

**Vingst.** Die Firma Carl Gräff G. m. b. H. hat 80 Prozent Lohnerhöhung bewilligt.

**Wärzburg.** Die Firma L. u. J. Strauß bewilligte 80 Prozent Teuerungszulage.

**Frankfurt a. M.** Die Firma Lessing u. Co. (Zigarettenfabrik) hat den Lohn von 3,75 M. auf 6 M. für das Tausend erhöht.

**Bad Orb.** Die Firmen S. Orsenkott u. Co., Ludwig Grau, Wald u. Walter, Heinrich Grau und Josef Megler erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

**Offenburg.** Die Firmen Adolf Rahn und R. Jang u. Co. erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

**Friesenheim.** Die Firma Adolf Rahn bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.

**Muff.** Die Firma Adolf Rahn erhöhte auch hier die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

**Niederhoppheim.** Die Firmen R. Jang u. Co. und B. Dimelsbach erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

**Oberweier.** Die Firma B. Dimelsbach bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.

**Sofweier.** Die Firma B. Dimelsbach erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

**Gengenbach.** Die Firma R. Jang u. Co. erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

**Gundelsheim.** Die Firma Rob. Dörler erhöhte die Löhne für Roller und Wickelmacher auf 110 bis 120 Prozent, für Tagelöhner auf 100 Prozent und für Sortierer auf 70 bis 80 Prozent.



**Sammthal.** Die Firma M. u. F. Stehbold erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Heidenheim.** Die Firma Gebr. Schultes zahlt 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Kunigenau.** Die Firmen Paul Barthel, Bernhard Schindler, Paul Seifert und Richard Seifert und Richard Meister erhöhten die Lohnzulage auf 100 Prozent.  
**Pelzig.** Die Firma Datzmann, Fernholm u. Schmidt erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent, außerdem sind Lohnzulagen erfolgt. Die Gesamtzulage beträgt nunmehr 100 Prozent. Die Firma H. Pasche erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Münchsbrunn.** Die Firma Kurt Schredenbach bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Lannenberg.** Die Firma Valduin Schreiber erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.  
**Wetzig.** Die Firma Otto Riving bewilligte 80 Prozent Teuerungszulage.  
**Oberottendorf.** Die Firma Ernst Döckert erhöhte die Lohnzulage auf 75 Prozent.  
**Hänichen.** Die Firma G. Wolgt bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.  
**Dresden.** Die Firma G. Uhlmann, Lange u. Jedicke, Pudmenitz u. Gask, Gebr. Jedicke und Jedicke u. Sohn erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent. Die Firma A. Raden in Göhlitz bewilligte 75 Prozent Lohnzulage.  
**Breslau.** Die Firmen Barchur u. Scharte, Meisberg u. Wolfstein und G. Ruff erhöhten die Zulagen auf 75 Prozent. Die Firmen Theodor Morawitz und Schleifische Zigarrenfabriken auf 80 Prozent und die Firma Wilhelm Langner auf 100 Prozent.  
**Wilhelmsgrund.** Die Firmen Siegfried Aber u. Hugo Aber bewilligten den Wickelmachern 100 Prozent, den Rollern 80 Prozent Zulage.  
**Hessen.** Die Firma D. Kadow bewilligte eine Lohnerhöhung von 100 Prozent und zahlt außerdem für das Verarbeiten von inländischer Decke 4 M. und für das Verarbeiten inländischen Umblatts 5 M. Teuerungszulage für das Tausend.

### Vom Amsterdamer Tabakmarkt.

Das Preßbureau Das Glas teilt mit: „Vielerorts wird die Besürchtung geäußert, der Amsterdamer Tabakmarkt werde anderswohin verlegt werden. Diese Besürchtung ist unbegründet; sie findet ihre Ursache in dem Umstand, daß Amerika damit fortfährt, in Indien Tabak anzukaufen, während es früher auf dem Amsterdamer Markt gekauft hat. Die Dell-Grnte 1918 ist völlig verkauft; die Java-Grnte größtenteils; von der Grnte 1917 ein kleiner Teil, während vom amerikanischen Teil dieser Grnte, in einer Menge von 20 000 bis 80 000 Packen, ein Teil verkauft, jedoch noch nicht nach Amerika verschifft ist. Große Schwierigkeiten verursacht bei der Tabakkultur der Mangel an Schwefelkohlenstoff zur Vernichtung des Lasiobermaklers. Tropdem sind die Aussichten günstig. Nach dem Kriege besteht begründete Aussicht auf Ausbreitung des Amsterdamer Tabakmarktes, da höchstwahrscheinlich die amerikanischen und brasilianischen Tabaksorten, die vor dem Kriege in Bremen und Hamburg verhandelt wurden, nach dem Friedensschluß auf dem Amsterdamer Markt erscheinen werden.“

### Verbandsteil.

#### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

**Paul Reichmann,** Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 88/80, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.  
 Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 88/80, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
**Selb-, Einschreib- und Vertretungen** nur an **W. Nieder-Belland,** Bremen, Faulenstraße 88/80 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto bei der Bankabteilung der Großkaufmanns-Genossenschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postamt in Hamburg.  
 Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an **Johs. Krohn,** Bremen, Faulenstraße 88/80, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
 Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an **Oskar Riendorf,** Bremen, Faulenstraße 88/80, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
 Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an **E. Schone,** Hamburg, Welfenstraße 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

#### Adressen der Gauleiter:

- Gau Hamburg: Rudolf Hadelberg, Altona, Holländische Reihe 16. I.
- Gau Nordhauen: Herm. Schmidt, Nordhauen, Wolkestr. 16 I.
- Gau Verford: Wilhelm Schlüter, Verford, Wallerstraße 49.
- Gau Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Frankfurt a. M., West 18, Steinwegstr. 6a.
- Gau Heilberg: Ludw. Klein, Heilberg, Verahelmer Straße 82. II.
- Gau Erfurt: Dom Wiesen, Erfurt, Bülowstr. 3 II.
- Gau Dresden: Oswald Franz, Dresden-N., Schützenplatz 20 III.
- Gau Breslau: Vertr. Gust. Tibe, Margarethenstr. 17, Rim. 59.
- Gau Berlin: Geora Fischer, Berlin SO 36, Biener Str. 67 a.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge):  
 Am 29. August: Rinden B. 300.—, 30. Offenburger B. 100.—, Sächsischen B. 100.—, Kintnerwalde B. 800.—, 31. Berlin B. 150.—, Johannesevangelium B. 50.—, Salungen B. 100.—, Frankfurt a. M. B. 200.—, 1. September: Hübels B. 250.—, 2. Uelersfen B. 80.—, 3. Dresden B. 100.—, Geringswalde B. 220.—, 4. Spandan B. 100.—, Klein-Krohenburg B. 500.—, 5. Bremen B. 300.—, Berlin B. 600.—, 2. Dresden B. 300.—, Bremen, den 9. September 1918.  
 W. Nieder-Belland.

Abrechnungen vom 2. Quartal gingen ein:  
 2. Gau Hannover: Stendal. 11. Gau Berlin: Schönlanke.

#### Adressen-Änderungen.

Barcl. i. Odde. (1). 1. Bev. Geir. Stellmann, Wintelsheidermoor (Vorh. Vorstraße bei Barcl.).

#### Arbeitsmarkt.

##### Offene Stellen.

Sucht gute Handarbeiter auf Rundstichlappzotten (lange Lurufornete). Lohn 4,50 M. und 80 Proz. Teuerungszulage, nach Berlin. Nachfragen: Bauarbeitsnachweis Geora Fischer, Berlin, SO 36, Biener Straße 67 a.

#### Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:  
 Für den Gau Hamburg:  
 Altona: Joh. Stahl, Bureau: Dellersallee 1.

**Bremen:** Heinrich Bobbenkamp, Faulenstr. 88/80, I., 3. 18. Sprechstunden: 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr vormittags, Telephon Roland 2982.  
**Für den Gau Hannover:**  
**Hannover:** Ab. Greibe, Hannover-Plinden, Redbergsfeldstr. 15. Auch erhalten Zugeweise dort Arbeitslosenunterstützung.  
**Für den Gau Nordhauen:**  
**Nordhauen:** Herm. Schmidt, Verbandsbureau, Wolkestr. 16.  
**Für den Gau Verford:**  
**Verford:** Wilhelm Schlüter, Wallerstr. 49.  
**Für den Gau Frankfurt a. M.:**  
**Frankfurt a. M., West 18:** Franz Schnell, Steinwegstraße 6 a.  
**Für den Gau Offenburger:**  
**Offenburger:** Geora Durban, Regenerstr. 16 II.  
**Nordhauen:** Herm. Barthard, Angartenstraße 86 IV.  
**Für den Gau Heilberg:**  
**Heilberg:** Ludw. Klein, Heilberg, Verahelmer Str. 82, II.  
**Für den Gau Erfurt:**  
**Erfurt:** Anton Fischer, Ubeckerstraße 39 I.  
 Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachm. und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.  
**Für den Gau Dresden:**  
**Dresden:** Osm. Franz, Volkshaus, Schützenplatz 20 III.  
**Für Sortierer:** Max Bernhard, Dresden-Vielchen, Braunschweigstr. 8, 2. Etg. Sprechzeit: 12 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 7 Uhr abends; an Sonnabenden nur 6 bis 8 Uhr nachmittags.  
**Für den Gau Breslau:**  
**Breslau:** Gustav Tibe, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 59.  
**Für den Gau Berlin:**  
**Berlin:** Wilhelm Boerner, Berlin C 64, Bureau: Dragonerstraße 6 a, vorn, II. Etg.  
**Für Sortierer:** Otto Krämer, Berlin SO. 66, Greifswalderstraße 106.  
 Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

### Gestorben:

In seiner Verwundung starb am 23. August der Zigarrenarbeiter Johann Kruppa aus Birnbaum, 27 Jahre alt. (Bahnhalle Schönlanke).  
 Gestorben am 24. August der Zigarrenarbeiter Fritz Franke. (Bahnhalle Bernigerode).  
 Gestorben am 28. August der Zigarrenarbeiter Wilhelm Rebecker aus Enger, 26 Jahre alt. (Bahnhalle Enger).  
 Am 27. August starb zu Dülau Frau Luise Anders, geb. Riol, 42 Jahre alt.  
 Am 27. August starb zu Breslau die Tabaksortiererin Berta Dittrich aus Breslau, 82 Jahre alt.  
 Am 5. September starb zu Jena der Zigarrenarbeiter Franz Jos. Poser aus Münchenbernsdorf, 63 Jahre alt. (Bahnhalle Gera N.).  
 Ehre ihrem Andenken!

### Ein falsches Gerücht.

Durch die Tagespresse ging in den letzten Tagen eine Notiz, nach welcher der Bundesrat zu verfügen beabsichtige, daß Zigaretten bis zu 50 v. H. aus Ersatzstoffen hergestellt werden dürfen. Die Notiz beruht nicht auf Wahrheit. Eine solche Verfügung wäre wohl auch überflüssig, da zur Zigarettenfabrikation Ersatzstoffe in beliebiger Menge zu verwenden sind, mit Ausnahme von Dopfen der nur bis zu 20 v. H. zugelegt werden darf.

### Cabakanbau und Tabakverbrauch in Frankreich.

Nach dem „Economiste Européen“ vom 5. Juli gestaltete sich der Anbau, die Ablieferung und der Verbrauch von Tabak in Frankreich in den Jahren 1913 bis 1917 wie folgt:

	Anbaufläche abgelesene Menge in ha	Verbrauch in 1000 kg
1913	14 250	24 372
1914	14 748	23 952
1915	11 828	15 998
1916	10 690	14 640
1917	10 002	14 214

Dem geringeren Anbau steht nach diesen Angaben noch ihr Verbrauch gegenüber.



**Siegellack**  
 eine vorzügliche Qualität in rot hellbraun, dunkelbraun, oliv u. schwarz, beziehen Sie vorteilhaft beim  
**Fabrik-Vertrieb**  
**Hans Ziegler**  
 Nürnberg, Humboldtstr. 130.  
 Muster nur in Poststücken und von einer Sorte.)

**Kautabak-**  
 Erstab, 1000 Rollen 250 M. Probe-Postkarte 100 Rollen 80 M. Nachh. Vert. nur an Wiedervert. Vertreter gefucht. Hugo Schröder, Stettin 17  
**Kollegen!**  
 Agitiert für eure Zeitung

**Ca. 17 000 gebrauchte Wickelformen,**  
 alle erdenklichen Fassons, teils wie neu, zu sehr billigen Preisen am Lager.  
 Fordern Sie Zusendung der Musterbogen.  
**Heinrich Franck, Berlin N 54.**  
 Rohstoffhandlung, Brunnenstrasse 22, Utensilien für Zigarrenfabriken.

**L. Cohn & Co., Berlin N.** Brunnenstrasse 24  
**Zigarillo-Formen**  
 sowie die kleinsten bis grössten Façons finden Sie in unserem  
**Modellbogen 214**  
 Zusendung auf Verlangen umgehend kostenlos.  
 Wieder vorrätig!  
**Tragant-Ersatz, Cigarrenband**